

Mündliche Anfragen

zur 34. Fragestunde

in der 132. Plenarsitzung vom 18. Juni 2015

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>1. Anfrage des Abg.
Paul Locherer CDU</p> <p>Eingang: 13. 05. 2015</p> | <p>Elektrifizierung der Allgäubahn mit Bahnsteigmodernisierung</p> <p>a) Wie bewertet die Landesregierung das Risiko, dass einzelne Kommunen entlang der Allgäubahn Lindau–Memmingen durch die Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz auf 50 % und durch die Einführung der Festbetragsregelung ihren Anteil nicht tragen können und es dadurch zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahme kommt?</p> <p>b) Wie möchte die Landesregierung diesem Risiko begegnen?</p> |
| <p>2. Anfrage des Abg.
Paul Locherer CDU</p> <p>Eingang: 20. 05. 2015</p> | <p>Mittelabfluss beim Förderprogramm „Baumschnitt Streuobst“</p> <p>a) Welche Mittel stellt die Landesregierung zur Ausstattung des Förderprogramms „Baumschnitt Streuobst“ zur Verfügung?</p> <p>b) Wie stellt sich aktuell die Situation zum Abfluss dieser Mittel dar?</p> |
| <p>3. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP</p> <p>Eingang: 08. 06. 2015</p> | <p>Maßnahmen der Landesregierung gegen existenzbedrohende Auswirkungen des Milchpreises nach Auslaufen der Milchquote</p> <p>a) Was tut die Landesregierung gegen die existenzbedrohenden Auswirkungen für die milchviehhaltenden Betriebe in Baden-Württemberg, die aufgrund der rasanten Talfahrt der Milchpreise nach dem Auslaufen der erfolglosen Milchquotenregelung erwartet werden?</p> <p>b) Wie beurteilt die Landesregierung die Forderungen des BDM-Konzeptpapiers „Milchmarkt-Krisenmanagement“ unter den gegebenen Rahmenbedingungen des internationalen und europäischen Milchmarkts nach Beendigung der erfolglosen Milchquotenregelung?</p> |

4. Anfrage des Abg.
Thomas Blenke CDU
Eingang: 11. 06. 2015
- Dienstpostenbewertungen bei der Polizei**
- a) Inwieweit hat das Innenministerium anlässlich des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011 (BVerwGE 140, 83) eine Stellenbewertung im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst vorgenommen?
- b) Welche Auswirkungen hat die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf vorzunehmende Regel- und Anlassbeurteilungen?
5. Anfrage des Abg.
Thomas Blenke CDU
Eingang: 11. 06. 2015
- Weitere Nutzung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim**
- Wie ist der aktuelle Stand der Überlegungen hinsichtlich der weiteren Nutzung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim?
6. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
Eingang: 11. 06. 2015
- Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?**
- a) Wie ist der aktuelle Stand der Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke Stuttgart–Nürnberg für den Zeitraum ab den Jahren 2017/2018?
- b) Trifft es zu, dass ab dem Jahr 2018 für betroffene Pendler in der Zeit nach 21:00 Uhr keine Zugverbindung mehr zwischen den beiden Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg verkehren und somit zu diesem Zeitpunkt für Bahnreisende nach dem Bahnhof in Crailsheim der „blau-weiße Schlagbaum“ fallen wird?
7. Anfrage des Abg.
Claus Paal CDU
Eingang: 12. 06. 2015
- Länderfinanzausgleich**
- a) Teilt die Landesregierung die am 1. März 2011 mehrheitlich getroffene Entscheidung des Landtags von Baden-Württemberg, dass sie im Falle erfolgloser Verhandlungen mit den Nehmerländern im Länderfinanzausgleich unverzüglich den Klageweg zum Bundesverfassungsgericht beschreiten muss?
- b) Wann wird sie die abschließende Entscheidung über einen Beitritt zu der Klage der Landesregierungen von Bayern und Hessen gegen den aktuell geltenden Länderfinanzausgleich treffen?